

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

19. Jänner 1949.

285/J

Anfrage

der Abg. Ing. Waldbrunner, Proksch, Dr. Pittermann, Olah und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Verwendung der Überschüsse aus der Geschäftsführung des österreichischen Warenverkehrsbüros.

-.-.-

Das österreichische Warenverkehrsbüro befindet sich gegenwärtig im Zustande der Liquidation, und es wird daher in der Öffentlichkeit bereits lebhaft über die Verwendung jener Überschüsse diskutiert, welche sich aus der Geschäftsführung dieser Stelle ergeben haben. Geradezu aufreizend empfindet es die Masse der Verbraucher, empfinden es vor allem die Arbeiter, Angestellten und Beamten, dass Unternehmerorganisationen, wie der österreichische Industriellen-Bund oder die Handelskammer, die Überweisung dieser Gelder an ihre Kassen mit der Begründung fordern, dass sie aus Beiträgen "der Wirtschaft" stammen. Es gibt wohl niemanden in Österreich, der glaubt, dass diese Abgaben aus dem Reingewinn der Exporteure oder Importeure getragen wurden; jedermann weiss vielmehr, dass sie im vollen Umfange auf die breite Masse der Konsumenten überwälzt wurden.

Die Höhe dieses Überschusses wird auf 20 bis 30 Millionen Schilling geschätzt. Wenn man sich vor Augen hält, dass das Ausmass der Belastung aus jener einmaligen Aushilfe für die Bundesangestellten und Pensionisten im Sommer dieses Jahres, die für den einzelnen Empfänger S 140.-, bzw. S 60.- betrug, vom Finanzminister mit insgesamt 46 Millionen Schilling angegeben wurde, dann wirkt eine solche Forderung als offenkundige Provokation. Ein Staat, der die dringendsten Wünsche seiner Angestellten auf eine bescheidene Verbesserung ihrer Lebenslage nicht erfüllen kann, darf auf keinen Fall Geschenke an Schwerverdiener verteilen.

In diesem Zusammenhange erscheint es den gefertigten Abgeordneten auch wünschenswert, dass über die Gebarung der seinerzeitigen Ausgleichskasse öffentlich Rechnung gelegt wird. Es erhält sich in der Bevölkerung hartnäckig das Gerücht, dass den Exporteuren, die seinerzeit unbekümmert um den Bedarf der inländischen Bevölkerung ihre Waren ins Ausland lieferten, um dafür Devisen zu erhalten, nachhafte Nachlässe von ihren Verpflichtungen gegenüber der Export-Ausgleichskasse gewährt wurden.

10. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

19. Jänner 1949.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

Anfrage:

1. Ist der Herr Bundesminister in der Lage, dem Hohen Haus bekanntzugeben, welcher Überschuss sich aus der Gebarung des österreichischen Warenverkehrsbüros ergeben hat?

2. Ist der Herr Bundesminister in der Lage, dem Hohen Haus die Zusicherung zu geben, dass dieser Überschuss restlos und allein der Staatskasse zufließt?

3. Ist der Herr Bundesminister in der Lage, dem Hohen Haus einen Rechenschaftsbericht über die Gebarung der obgenannten Ausgleichskasse zu geben?

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-